



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 21.05.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym
Alexander Raue
Thorben Vierkant
Jan Riedel
Dr. Ulrike Wünscher

Katja Müller
Eric Eigendorf
Melanie Ranft
Dr.med. Detlef Wend
Andreas Wels
Andreas Silbersack

AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
Vertretung für Herrn Bernstiel
Fraktion Die Linke
SPD-Fraktion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion FDP / FREIE WÄHLER
anwesend ab 16:08. Uhr

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt
Egbert Geier

René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Beate Saubke
Marco Schreyer
Maik Stehle

Oberbürgermeister
Bürgermeister
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Büroleitung OB
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel

CDU-Stadtratsfraktion

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.1

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einsparungen bei der HAVAG durch den Einsatz von Herbiziden

Vorlage: VIII/2025/00943

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Fachausschuss zurückgezogen**

TOP 7.3

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) für eine Kompensation der Mehrbelastungen für Grundstücksbesitzer durch die Grundsteuerreform

Vorlage: VIII/2025/00819

- **Vorschlag: vertagen**
- **im AWWD bis Februar 2026 vertagt**

TOP 7.5

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zu einem Moratorium für die im Kontext mit dem Zukunftszentrum stehenden Planungen

Vorlage: VIII/2025/00826

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Fachausschuss zurückgezogen**

Er fragte, ob es weitere Wortmeldung zur Tagesordnung gibt.

Frau Dr. Wünscher regte an

TOP 7.4

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen

Vorlage: VII/2023/05783

zu vertagen.

Frau Müller vertagte im Namen ihrer Fraktion

TOP 7.4

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen

Vorlage: VII/2023/05783

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2025
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.04.2025
Vorlage: VIII/2025/01140
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Vorschlagsliste für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Halle
Vorlage: VIII/2025/01135
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einsparungen bei der HAVAG durch den Einsatz von Herbiziden
Vorlage: VIII/2025/00943 **ABGESETZT**
- 7.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur ständigen Beflaggung städtischer Gebäude mit der Nationalflagge
Vorlage: VIII/2025/01083
- 7.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) für eine Kompensation der Mehrbelastungen für Grundstücksbesitzer durch die Grundsteuerreform
Vorlage: VIII/2025/00819 **VERTAGT**
- 7.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen
Vorlage: VII/2023/05783 **VERTAGT**
- 7.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zu einem Moratorium für die im Kontext mit dem Zukunftszentrum stehenden Planungen
Vorlage: VIII/2025/00826 **ABGESETZT**
8. Mitteilungen

- 8.1. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu Formularen zur Beantragung von Wohngeld
Vorlage: VIII/2025/01137
- 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Eruiierung eines engeren Zusammengehens von Singschule und Singakademie
Vorlage: VIII/2025/01079
- 8.3. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Erweiterung der Vorschlagsliste von Personennamen für Straßenbenennungen um Peter Sodann
Vorlage: VIII/2025/01080
- 8.4. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herr Bernstiel zum 1. Deutschen Veteranentag
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2025
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Einwohnerfragestunde

Fragesteller 1 bezog sich auf die Einwohnerfragestunden in den Ausschüssen. Er bemängelte, dass die Fragen in solchen Sitzungen nur an die Verwaltung selbst gerichtet werden dürfen. Dies schränkt die Möglichkeit ein, sich auch direkt an die Stadträtinnen und Stadträte zu wenden. Er fragte, auf welche rechtliche Grundlage sich die Verwaltung stützt und wies auf das Kommunalverfassungsgesetz, insbesondere auf § 28, sowie auf die Geschäftsordnung des Stadtrats welche die Einwohnerfragestunde bei öffentlichen Sitzungen regelt, und aussagen, dass auch Stadträtinnen und Stadträte Fragen beantworten können.

Herr Schreyer bezog sich auf die Geschäftsordnung des Stadtrats, welche dahingehend lautet, dass Einwohnerfragen in der Stadtratssitzung durch die Verwaltung zu beantworten sind. In den Ausschüssen können auch die Mitglieder der Ausschüsse antworten. Das Auslegen dieser Regelung obliegt der Sitzungsleitung. Letztendlich ist es eine Frage des Ermessens, ob die Mitglieder des jeweiligen Ausschusses auf die Einwohnerfrage antworten wollen oder nicht.

Fragesteller 1 regte an, Personen ohne große Erfahrung die Hauptfrage stellen zu lassen und flexibel mit der Auslegung der Regelung umzugehen.

zu 3.2 Fragesteller 2 zu einer Veranstaltung in Halle (Saale)

Fragesteller 2 bezog sich auf eine große Demonstration in Den Haag, bei der 100.000 Menschen gegen den Völkermord protestierten. Er kritisierte, dass dieses Thema in den lokalen Medien totgeschwiegen wird, und bezog sich auf die Absage einer wissenschaftlichen Veranstaltung an der Universität Halle.

Er fragte, ob die Stadt bereit oder in der Lage ist, darüber nachzudenken, kurzfristig Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit die Veranstaltung doch in Halle stattfinden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Stadt sich nicht in geopolitische Prozesse einmischen und in diesem Bereich nicht aktiv werden wird. Er erklärte, dass die Stadt nicht die Aufgabe hat, der Universität vorzuschreiben, welche Veranstaltung sie genehmigt oder nicht.

Fragesteller 2 fragte, ob die Stadt darüber nachdenkt, Räume für diese Veranstaltung zur Verfügung zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass die Stadt die Pflicht erfüllt, den zivilgesellschaftlichen Akteuren hier in Halle den Raum zu geben. Er betonte, dass es aber kein Ort für geopolitische Konflikte ist. Die Stadt agiert hier nicht im übertragenen Wirkungskreis im Sinne von politischen Meinungen und im Hauptausschuss sollten keine politischen, geopolitischen Prozesse diskutiert werden.

Fragesteller 2 bezog sich auf die Aussage geopolitischer Prozesse und auf eine Veranstaltung am 27. März im Festsaal.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt unterbrach den Fragesteller und schlug vor, sich beim morgigen Treffen über diese Themen zu unterhalten.

zu 3.3 Fragesteller 3 zu TOP 8.2

Fragesteller 3 bezog sich auf den Haushaltsplan und die aufgeführte Summe für die Singschule von 229.000 Euro. Er fragte, ob die Singschule und die Singakademie fusioniert sind beziehungsweise wie sich die Summe auf beide Schulen aufteilt.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass das Produkt Singschule für die Kinderchöre gedacht ist, also für die Singschule und die Singakademie,

Fragesteller 3 fragte, ob der Stadtsingechor dazu gehört.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass der Stadtsingechor nicht dazu gehört. Er gehört zu einem Teil der Stadtverwaltung und hat ein extra Produkt innerhalb des Geschäftsbereiches Kultur und Sport.

Sie führte aus, dass die Kinderchöre eine Förderperiode von fünf Jahren haben, die Ende des Jahres ausläuft. Derzeit befindet sich die Stadt in Gesprächen mit beiden Chören, um ihre jeweiligen Bedürfnisse zu klären. Sie bezog sich auf die Anregung, die beiden Chöre zusammenzulegen, und wies darauf hin, dass sie seit zehn Jahren getrennt sind, da ihre Bedürfnisse unterschiedlich sind. Im Kulturausschuss und im Stadtrat wird es in Kürze einen Vorschlag für eine neue Förderregelung geben.

Fragesteller 3 fragte, wie die Summe aufgeteilt wird.

Frau Dr. Marquardt erläuterte, dass die Kindersingakademie traditionell das gesamte Gebäude übernommen hat und für dessen Unterhalt verantwortlich ist. Daher bestehen unterschiedliche Kostenstrukturen im Vergleich zur Singschule, die das Gebäude anmietet.

Fragesteller 3 erkundigte sich, welche Effekte oder Verbesserungen der Stadtrat durch die Fusion erwartet.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass beide Kinderchöre in den Kulturausschuss eingeladen wurden, um ihre Profile vorzustellen, die sich deutlich voneinander unterscheiden. Der Hintergrund einer angestrebten Fusion ist vor allem finanzieller Natur.

zu 3.4 Fragesteller 4 zu einer Veranstaltung in Halle (Saale)

Fragesteller 4 sprach einen bestätigten Termin an der Universität an, der kurz vorher abgesagt wurde. Als Grund wurde genannt, dass die Universität sich gegen Wissenschaft sperrt. Er fragte, wer aus der Stadt bereit wäre, anstelle der Universität einzutreten, um Räume zu gewähren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt verwies auf seine vorherige Aussage und betonte, dass die Universität unabhängig ist und die Stadt keinen Einfluss auf die wissenschaftliche Freiheit der Universität hat.

Herr Raue wies darauf hin, dass es die Möglichkeit gibt, im Stadthaus den großen Saal anzumieten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sicherte eine schriftliche Antwort per E-Mail bezüglich der Möglichkeit der Nutzung von Räumlichkeiten in der Stadt Halle zu.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 23. April 2025. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.04.2025
Vorlage: VIII/2025/01140

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass die Informationsvorlage vor dem Wappensaal ausgehängt ist.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Vorschlagsliste für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Halle
Vorlage: VIII/2025/01135

Herr Schreyer führte in die Beschlussvorlage ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Halle.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur ständigen Beflaggung städtischer Gebäude mit der Nationalflagge
Vorlage: VIII/2025/01083

Herr Vierkant führte in den Antrag seiner Fraktion ein.

Herr Riedel stimmte im Namen seiner Fraktion grundsätzlich für das Anliegen, allerdings noch einige Fragen zu klären, insbesondere aufgrund Stellungnahme der Stadtverwaltung. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages in den Juni.

Herr Dr. Wend sagte, dass er eine Dauerbeflaggung nicht unbedingt gut findet und eine Gesellschaftliche Geschlossenheit nicht durch eine Fahne erzeugt wird.

Herr Heym bezog sich darauf, dass andere europäische Staaten bereits eine Dauerbeflaggung haben und zusätzlich an bestimmten Feiertagen eine Beflaggung vorgenommen wird. Er stimmte für den Geschäftsordnungsantrag.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis

Geschäftsordnungsantrag: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Dienstgebäude und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) sind, soweit ein Fahnenmast vorhanden ist, ergänzend zu den Richtlinien des sogenannten Beflaggungserlasses (vgl. RdErl. Vom 30.04.2015 u. Landtagsbeschluss Drs.7/6316) ganzjährig mit der Nationalflagge zu beflaggen.

zu 8 Mitteilungen

**zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu
Formularen zur Beantragung von Wohngeld
Vorlage: VIII/2025/01137**

Frau Brederlow bezog sich auf die Anregung, neben dem Hauptantrag für Wohngeld auch weiterführende Formulare zur Verfügung zu stellen. Sie informierte, dass es sich bei der Umsetzung der Gewährung von Wohngeld im übertragenen Wirkungskreis um eine Aufgabe des Bundes handelt, die über das Land Sachsen-Anhalt dann auch an die Kommunen übertragen ist. Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales stellt die entsprechenden Formulare bereit, welche auf der Internetseite zu finden sind. Sie sagte, dass diese zunächst als Einstieg gedacht sind, um entsprechend den Antrag zu stellen. Danach erfolgt die Prüfung. Die Veröffentlichung weiterer gängiger Formulare, zum Beispiel für die Ermittlung des Anspruchs auf Kindergeld und Kindesunterhalt oder zur Angabe erhöhter Werbungskosten, wird aktuell durch die Stadtverwaltung geprüft.

**zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Eruierung eines
engeren Zusammengehens von Singschule und Singakademie
Vorlage: VIII/2025/01079**

Frau Dr. Marquardt informierte, dass es bereits seit längerem Gespräche mit beiden Chören gibt und die Chöre auch miteinander sprechen. Sie wies darauf hin, dass sie auch projektbezogen gute Kooperationen miteinander haben, allerdings die Profile sehr unterschiedlich sind.

Sie sagte, dass eine Prüfung erfolgen wird, inwiefern ein Zusammengehen sinnvoll und auch möglich ist. Sie wies darauf hin, dass im Kulturausschuss ein Vorschlag eingebracht wird.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur Erweiterung der Vorschlagsliste von Personennamen für Straßenbenennungen um Peter Sodann
Vorlage: VIII/2025/01080

Frau Dr. Marquardt informierte, dass nach Prüfung die Stadtverwaltung den Namen von Peter Sodann auf die Vorschlagsliste setzen wird.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herr Bernstiel zum 1. Deutschen Veteranentag

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt informierte, dass die Anregung von Herrn Silbersack, den Begriff „Veteranen“ zu präzisieren, aufgenommen und der CDU-Fraktion vorgeschlagen wird.

Herr Riedel erklärte, dass die Aktion „gelbe Bänder“ eine Initiative des Deutschen Bundeswehrverbandes und der Soldaten- und Veteranenstiftung ist. Dabei werden in der Vorweihnachtszeit, meist im Bundestag, kostenlose gelbe Stoffbänder ausgelegt, die von der Bundeswehr bereitgestellt werden. Auf diesen Bändern können persönliche Grüße, Worte und Wünsche an die Soldaten im Einsatz geschrieben werden. Ziel ist es, den Soldatinnen und Soldaten zu zeigen, dass ihre Arbeit in der Heimat wertgeschätzt wird. Die CDU-Fraktion schlägt vor, am 25. Juni dieses Band vor dem Sitzungssaal auszulegen, und es soll anschließend an die Initiative weitergegeben werden.

Herr Silbersack fragte, wer genau als Veteran gilt. In der Diskussion hat er beobachtet, dass Veteranen, die im Einsatz waren, dazu zählen. Nach seinem Verständnis ist jeder, der bei der Bundeswehr dient, als Veteran anzusehen. Er erklärte, dass er selbst in einer anderen Armee gedient hat und daher nicht unter diese Definition fällt. Deshalb hat er um eine Klarstellung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bezog sich auf eine Definition des Bundesministeriums der Verteidigung zum Begriff „Veteran“. Demnach gilt jemand als Veteran, wenn er entweder aktuell Soldat bei der Bundeswehr ist oder diese verlassen hat, aber aus dem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist und seinen Dienstgrad nicht verloren hat.

Herr Riedel sagte, dass es vor allem dingen vordergründig um Soldatinnen und Soldaten die derzeit im Einsatz sind.

Herr Silbersack sagte, dass die Frage im Raum steht, was unter die Definition fällt. Dies muss klar und eindeutig sein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt schlug vor, die Definition zum Begriff „Veteran“ vom Bundesministerium der Verteidigung zu nehmen, also Soldatinnen und Soldaten die im aktiven Dienst oder auch ehrenhaft aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden sind.

Herr Riedel erklärte, dass der Veteranentag am 15. Juni stattfindet. Er wies darauf hin, dass die Aktion „Gelbes Band“ von der Soldaten-Veteranen-Stiftung und dem Bundeswehrverband initiiert wurde. Dabei geht es vor allem um Soldatinnen und Soldaten, die aktuell im Ausland im Einsatz sind. Die Bänder sollen als Gruß an diese Personen dienen. Eine weitere Diskussion über Veteranen ist nicht ansang der Anregung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Definition vom Bundesministerium der Verteidigung genutzt werden sollte, um alles abzudecken.

Herr Raue sagte, dass es darum geht, den Soldatinnen und Soldaten Respekt zu zeigen, unabhängig davon, wer genau als Veteran gilt. Die Aktion soll den Einsatz und die Leistung der Soldaten würdigen.

Herr Silbersack sagte, dass er der Anregung folgen kann und wies darauf hin, dass sich viele Menschen mit der Definition „Veteran“ identifizieren. Er betonte, dass die Menschen die in der NVA aktiv oder nicht aktiv gedient haben, nicht als dazugehören.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass die Verwaltung der Anregung folgt und Unterstützung anbietet.

zu 9 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 9.1 **Herr Dr. Wend zu Sprachmittler**

Herr Dr. Wend erkundigte sich, wann die Antwort auf seine Frage aus dem letzten Hauptausschuss bezüglich der Sprachmittler erfolgt.

Frau Brederlow sicherte eine Antwort zu.

zu 9.2 **Herr Dr. Wend zur Gesundheitskarte**

Herr Dr. Wend fragte, ob es Überlegungen gibt, die Gesundheitskarte als Ersatz für den Sozialamtsschein zu verwenden, da dieser im Alltag sehr schwierig zu handhaben ist.

Frau Brederlow erklärte, dass die Stadt bei einer solchen Einführung eine Landesregelung benötigt und diese nicht alleine umsetzen kann.

Herr Dr. Wend fragte, ob die Stadt im Austausch ist. Er wies darauf hin, dass es bereits Städte gibt, die das in Eigenregie gemacht haben.

Frau Bederlow antwortete, dass aktuell keine Bewegung im Thema ist. Die Stadt hat das Thema dem Ministerium in jüngster Zeit nicht nochmal vorgelegt.

zu 9.3 **Frau Ranft zum Stadthaus**

Frau Ranft erkundigte sich nach den voraussichtlichen Kosten der Stadt für die Planungsleistungen zur Fassadensanierung des Stadthauses. Zudem fragte sie, ob diese Kosten im Haushalt bereits abgesichert sind und in welcher Haushaltsposition dies vermerkt ist.

Frau Dr. Marquardt sicherte eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen zu.

zu 9.4 Frau Ranft zum Verfahren von Anregungen im Hauptausschuss

Frau Ranft fragte, wie grundsätzlich mit den Anregungen die im Hauptausschuss gegeben werden umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sicherte eine Antwort im nächsten Hauptausschuss zu.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Alexander Vogt
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer